



# Agrarzahlen ohne politische Wirkung

Die Subventionen für die Agrarindustrie kommen letztlich doch den Bauern zugute – die Politik interessiert sich nicht für die Zahlen

*Die Zahlen der Agrarplattform zur Subventionierung der Bauern wirbelte dieser Tage Staub auf. Heute ist hingegen klar, dass diese «veralteten» Daten nicht den geringsten Einfluss auf die aktuelle Agrarpolitik haben werden.*

MARCELLO ODERMATT

Welche politischen Konsequenzen haben die von der Agrarplattform präsentierten Zahlen (siehe rechts)? Kurz zusammengefasst: keine. Denn die zuständigen Landwirtschaftsexperten in Politik und Verwaltung sind sich einig: Die Daten sind veraltet und repräsentieren nicht den aktuellen Stand der Agrarpolitik. Zwar werden die Zahlen beim Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) bestätigt, doch diese Angaben seien nichts Neues, so BLW-Sprecher Jürg Jordi.

Allerdings stimmt es nicht, dass die Subventionen nicht den Bauern zugute gekommen seien. Die an Emmi bezahlten Gelder wur-

den dafür verwendet, den Bauern die Milch zu einem höheren Preis abzukaufen. Dass das Geld nicht direkt an die Bauern fliesse, sei nur ein rein administratives agrarpolitisches Instrument. Aber, so Jordi, ein Instrument, das von der WTO unter Druck stehe, da es marktverzerrende Wirkung habe. Deshalb habe der Bund 2004 und 2005 den Zahlungsrahmen für solche

Marktstützungsmassnahmen zurückgeschraubt und wolle dies auch mit der Agrarpolitik (AP) 2011 tun. Das heisst: Marktstützende Mittel wie die Verkäsungszulage will der Bundesrat abbauen. Stattdessen will er Direktzahlungen an die Bauern erhöhen, wodurch auch die Millionen an die nachgelagerte Industrie gekürzt werden.

## Bauern setzen auf Ökoprodukte

Die Behauptung der Agrarplattform, die Direktzahlungen an die Bauern, wegen tierfreundlicher Haltung und ökologischer Produktion, würden die Kosten der Bau-

ern nicht decken und gar kostentreibend wirken, könne er, Jordi, nicht nachvollziehen. Die Berechnung des BLW gingen vom Gegenteil aus: Direktzahlungen seien sehr wohl lohnend. Die Anzahl Bauern, die an mit Zahlungen verknüpften Programmen für ökologische Produkte oder für tiergerechte Haltung teilnehmen, steige stetig. Insgesamt dient somit die Plattform-Studie dem BLW dafür, die AP 2011 in ihrer ursprünglichen Form zu stützen.

## Plattform ohne Einfluss

Allerdings hat der Ständerat und diese Woche die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) die AP 2011 bereits geändert. So wird beispielsweise an der Verkäsungszulage festgehalten und somit auch an Subventionen an die Industrie. Für die Landwirtschaftspolitiker in den eidgenössischen Räten ist dabei klar, dass die veralteten Zahlen die AP 2011 nicht beeinflussen werden. Vielmehr dienen sie ihnen dazu, ihre eigene Haltung zu

festigen. Gegen den Willen der ständerätlichen WAK habe der Ständerat die Verkäsungszulage beibehalten, so WAK-Kommissionspräsident, Ständerat Hannes Germann (svp, SH). Er fände es «komisch», wenn die Subventionen an Industrien flössen, statt an die Bauern. Der Schweizerische Bauernverband, dessen Vertreter in der WAK stark vertreten sind, sieht dies anders: Mit dem Abbau von Marktstützungsmassnahmen würden die Bauern verlieren. Der Präsident der nationalrätlichen WAK, Caspar Baader (svp, BL), sieht es im Gegensatz zu seinem Parteikollegen Germann ähnlich wie der Verband. Dass Industrien Agrarsubventionen erhielten, sei nun mal eben so. Das laufe in der EU genauso. Kommissionsmitglied Ruth Genner (grüne, ZH) hingegen hätte gern mehr Direktzahlungen. Diese würden den Bauern helfen. Aber auch für Genner ist klar: Die «nicht mehr taufrischen» Zahlen der Agrarplattform, so Genner, beeinflussten die Debatte nicht mehr.

## ARBEITSGRUPPE AGRARPLATTFORM RECHNET VOR

# Ökologie zu wenig belohnt

Die Arbeitsgruppe Agrarplattform legte am Donnerstag in Horgen ZH Zahlen zur ökologischen Landwirtschaft vor. Sie machte aber auch deutlich, dass ein Teil der Agrarsubventionen gar nicht den Bauern zugute kommt, sondern in die Kassen von nachgelagerten Unternehmen, von Schulen und Instituten sowie in die Bundesverwaltung fliesst (vgl. «Bund» vom Montag). In der Arbeitsgruppe sind neben Bauern auch Grossverteilern, Politiker, Lebensmittelverarbeiter, Natur- und Tierschutzverbände vertreten. Am schwierigsten ist es laut den vorgelegten Zahlen für die Bauern, die vom Bund Direktzahlungen für

ökologische Landwirtschaftsführung erhalten.

Die einzelnen Auflagen und ihre Abgeltung sind genau festgelegt. Dabei zeigt sich: der Aufwand, den die Bauern haben, um die Auflagen zu erfüllen, übersteigt deren Abgeltung teils bei weitem. Und der Verlust lässt sich auf dem Markt nicht ausgleichen. Aufgrund von Betriebsbeispielen errechnete die Agrarplattform die Differenz von Aufwand und Direktzahlungen.

## Nur Blumenwiesen lohnen sich

Nach der am Donnerstag präsentierten Rechnung erhält der «Beispielbauer», dessen Rinder

den Sommer auf einer Alp oberhalb 1700 Meter über Meer verbringen dürfen, knapp 12 000 Franken Direktzahlungen vom Bund. Sein Mehraufwand allerdings beläuft sich auf fast 66 000 Franken – es fehlen 54 000 Franken.

Betreibt der Bauer Schweinemast nach besonders tierfreundlichem System oder zumindest mit regelmässigem Auslauf im Freien, so hat er einen höheren Aufwand von rund 15 500 Franken im Jahr. An Direktzahlungen kassiert er aber bloss 5270 Franken, hat also einen Verlust von gut 10 000 Franken. Deutlich kleiner, bloss in der Grössenordnung von ein paar

hundert Franken, sind die Verluste, wenn es nicht um Tiere geht, sondern beispielsweise um Hecken oder Hochstamm bäume. Und positiv schliesst die Rechnung des Bauern gar ab, wenn er Buntbrachen stehen lässt und – in der Ackerbauzone – seine Wiesen extensiv nutzt.

Wie bereits am vergangenen Wochenende bekannt wurde, kommt von den Bauernsubventionen nicht alles auch wirklich den Bauern zugute. Insgesamt verzeichnet die Staatsrechnung 2002 – dieses Jahr wurde von der Agrarplattform genau unter die Lupe genommen – 4,1 Milliarden Franken



**Der Bund**

**26.01.2007**

Auflage/ Seite

60500 / 11

Ausgaben

300 / J.

Seite 2 / 2

9196

5577274

EVD / PD / UVEK

Aufwendungen für Ernährung und Landwirtschaft. Davon gelangten 78 Prozent oder 3,2 Milliarden Franken auch tatsächlich zu den bäuerlichen Produzenten. 22 Prozent oder 0,9 Milliarden verteilten sich auf andere Empfänger.

Laut der Agrarplattform waren die nachgelagerten Unternehmen mit 13 Prozent der gesamten Subventionen (0,5 Milliarden Franken) die grössten Empfänger. Darunter waren mehr als die Hälfte private Unternehmen der Ernährungswirtschaft. Weitere rund vier Prozent gingen an landwirtschaftliche Schulungs-, Forschungs- und Beratungsdienste, zwei Prozent flossen in die Bundesverwaltung zurück. (sda)